



Niederschrift

**über die Sitzung
des Schulträgersausschusses
am 30.03.2011**

Anwesend

- Vorsitz

Kurt Merkator

- Mitglieder

Stadtratsmitglieder

Gunther Heinisch
Norbert Solbach
Karin Trautwein (Urkundsperson)
Sissi Westrich (Urkundsperson)
Cornelia Willius-Senzer

Lehrervertreter

Joachim Bliemeister
Margitt Dahm
Ibolya Havel-Scheuermann
Armin Mößmer
Valeriano Sierra Haupt
Erwin Steilen

Elternvertreter

Leander Borg
Ingrid Braun
Ruth Ludwig
Sabine Maskow
Anja Selle-Uersfeld

Stadtschülerrat

Klara Sophie Mladinic

Vertreter Arbeitnehmer

Wolfgang Kron

Vertreter Arbeitgeber

Klaus Heck

- Von der Verwaltung

Dieter Stillger, Dezernat IV
Thomas Hauf, Dezernat IV
Petra Henkel, Amt 40
Andrea Reith, Amt 40
Joachim Becker, Amt 40
Klaus-Dieter Wagner, Amt 40

- Gäste

Ulrike Scherhag, Amt 51
Gilbert Korte, GWM

- Schriftführung

Ulf Cöster

Entschuldigt fehlen

Dagmar Brandmüller
Ludwig Julius
Nadya Konrad
Manfred Ladwig
Christel Liefke
Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 5

b) öffentlich

2. Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zum Kinderschutz
3. Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013
4. Stadtratsantrag "Missstände an Mainzer Schulen beseitigen"
 - 4.1. Gymnasium Oberstadt 2. BA/3. BA - Kostenentwicklung
5. Mitteilungen/Verschiedenes

öffentlich

Punkt 2 Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule zum Kinderschutz Kooperationsvereinbarung zwischen dem ASD und der ADD für Mainzer Schulen Vorlage: 0410/2011

Herr Mößmer schlägt vor, dass ein Vertreter der ADD den Bericht für die Aufsichtsbehörde unterschreiben sollte. Die Verwaltung klärt dies.

Herr Sierra-Haupt bittet, eine Telefonnotrufnummer mit aufzunehmen.
Frau Scherhag weist darauf hin, dass aus logistischen Gründen bewusst keine Telefonnotrufnummer gewählt wurde, sondern eine Faxnotrufnummer.
Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Frau Westrich fragt nach dem Lokalen Netzwerk Kinderschutz und dem schulpsychologischen Dienst.
Frau Scherhag berichtet, dass nach Kenntnisnahme und Verabschiedung des Berichts u.a. auch diese beiden Institutionen informiert und eingeschaltet werden.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 Errichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus zum Schuljahr 2012/2013 Vorlage: 0063/2011

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Der Stadtrat habe am 16.02.2011 die Entscheidungsbefugnis auf den Schulträgerausschuss übertragen, Anmeldefrist sei der 31.03.2011. Die Ansiedlung der Fachoberschulen (FOS) an den Realschulen plus werde aus folgenden Gründen von der Verwaltung weiterhin unterstützt:

- Das Land Rheinland-Pfalz hat mit dem Schulstrukturreformgesetz die Realschulen und die Hauptschulen zur neuen Schulart Realschule plus zusammengeführt. Es hat damit das Ziel verfolgt, in einer Schulart noch stärker als zuvor in den beiden auslaufenden Schularten die Berufsorientierung zu verankern. Deshalb ist es nur konsequent, mit dem „plus“, der Fachoberschule, eine weiterführenden Ausbildungsgang anzugliedern. Die Stadt Mainz hat vor zwei Jahren insgesamt 4 Realschulen plus, davon eine in Trägerschaft der Gemeinde Budenheim, eingerichtet. Jetzt steht die Notwendigkeit an, das „plus“ bei dieser neuen Schulart auch in Mainz umzusetzen.
- Vor der Einführung der Realschule plus waren in Mainz in den beiden Schularten Realschule und Hauptschule im Schuljahr 2008/2009 ca. 600 Schülerinnen und Schüler (darunter ca. 70 Hessen) angemeldet. Die Schulentwicklungsplanung hat für die Realschulen plus ein Schülerpotential von ca. 400 Schülern prognostiziert. Für das Schuljahr 2011/12 liegen derzeit 370 Anmel-

dungen, 30 mehr als im letzten Jahr. D. h. es ist bei den Eltern ein höheres Interesse an den Realschulen plus zu spüren.

- Für die Verwaltung ist es unabdingbar, die Schulart Realschule plus, die sich in Konkurrenz mit den Schularten IGS und Gymnasium befinden, durch die Angliederung der Fachoberschulen weiter zu stärken. Die Fachoberschule ist standortübergreifend zu sehen, d. h. ihre Schülerinnen und Schüler werden von allen Standorten der Realschule plus kommen. Gerade die Eigenständigkeit und das zusätzliche Angebot werden die Wahrnehmung der Realschulen plus bei den Eltern stärken und den Zuspruch der Schulart erhöhen.
- Aus den bisherigen Abstimmungsgesprächen mit der ADD und dem Bildungsministerium ist anzunehmen, dass für Mainz max. 2 Fachoberschulen ausgewiesen werden. Da beide 2-zügig auszulegen sind, entspricht die max. Schülerzahl von 120 Schülern ca. 1/3 der Anmeldungen an den Realschulen plus.
- Die Kosten für den Betrieb der Fachoberschulen werden sich in einem überschaubaren Rahmen bewegen, da die Verwaltung davon ausgeht, dass vorhandene Räume und Fachräume der Realschulen plus genutzt werden. Die Ausstattung erfolgt aus vom Land in Aussicht gestellten Mitteln und sofern erforderlich im Rahmen der Neuausstattung der Realschulen plus.
- Die Verwaltung hat in den Gesprächen mit den Schulleitern der Realschulen plus klargestellt, dass sie keine Fachoberschule favorisieren wird, für die Schulraum neu gebaut werden muss. Es sind in erforderlichem Maß Kapazitäten an den antragstellenden Realschulen plus vorhanden, um Fachoberschulen unterbringen zu können.

Frau Westrich weist auf die Erweiterung des Bildungsangebotes durch die Einrichtung von FOS hin. Dadurch entstünde keine Konkurrenz zu den BBSen. Beide Standorte seien auch im Rahmen des „Sozialberichts“ prädestiniert.

Herr Heinisch bemerkt, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da an den existenten BBSen ähnliche Angebote wie an den künftigen FOS eingerichtet seien.

Herr Steilen zitiert aus der Broschüre des Ministeriums zur Schulstrukturreform. Das Interesse an diesem Angebot sei sehr hoch. Die Fachräume und die Ausstattung sowie die räumlichen Voraussetzungen seien an beiden Standorten gegeben. Somit würden keine zusätzlichen Kosten auf den Schulträger zukommen. Die letzte Entscheidung habe das Ministerium.

Herr Heck teilt mit, dass er gegen eine Einrichtung der FOS sei, da an den BBSen solche Angebote vorlägen. Das Lehrpersonal für die FOS müsse von den jetzigen BBSen rekrutiert werden und werde folglich dort fehlen.

Frau Willius-Senzer erklärt, dass die FDP-Fraktion der Vorlage nicht zustimme. An den BBSen gebe es bereits jetzt den höchsten Unterrichtsausfall, was sich dann weiter verschärfen würde, wenn die Lehrkräfte an die FOS kämen. Sie möchte zunächst den Schulentwicklungsplan und eine Kostenberechnung abwarten.

Frau Havel-Scheuermann weist auf den Brief der AG der BBS-Schulleitungen hin, der in der Sitzung ausgeteilt wurde. Grundlage für die Errichtung von FOS sei nach dem Schulgesetz das Vorliegen eines „schulischen Bedürfnisses“. In Bingen und Nierstein seien 2 weitere FOS eingerichtet. Das Bildungsangebot für die Jugendlichen sei ausreichend vorhanden. Sie bezweifelt, dass der Landeszuschuss in Höhe von 50.000,- € auskömmlich sei.

Herr Solbach bestätigt eine Schulstrukturdebatte. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Die Einrichtung der Realschulen plus könne dadurch gestärkt werden. Man sehe den Bedarf für eine FOS nur an einem Standort.

Herr Bliemeister befürchtet, dass die Akzeptanz für Realschulen plus ohne die Einrichtung der FOS leiden würde. Herr Sierra-Haupt schließt sich dieser Meinung an.

Herr Merkator stellt klar, dass durch die Einrichtung der FOS keine Kosten auf den Schulträger zukommen würden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag nach namentlicher Abstimmung mit 10 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Punkt 4 **Stadtratsantrag "Missstände an Mainzer Schulen beseitigen"**
Vorlage 0387/2011

Der Vorsitzende berichtet von der Sanierung der sanitären Anlagen am Standort Feldberg. Die Sanierungspläne für das Frauenlobgymnasium seien vorgestellt worden.

Herr Solbach begründet den Antrag.

Herr Merkator erklärt, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Schulen ständig stattfinde, dies aber bewusst nicht immer öffentlich gemacht werde. Die Lösungen der beiden im Antrag erwähnten Bereiche zeige, dass die Kommunikation bereits weiter verbessert wurde.

Herr Bliemeister erwähnt, dass er sich neue Strukturen in der Kommunikation vorstellen könne. Defizite sehe er nicht in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung, sondern in der unzureichenden Mittelzuweisung. Beispielsweise müsse die Bauunterhaltung der Schulen kontinuierlicher stattfinden, hierfür würden allerdings wesentlich mehr Gelder benötigt.

Frau Westrich fragt nach den bestehenden Kommunikationsstrukturen.

Der Vorsitzende weist auf die Sitzungen der städtischen Gremien sowie auf regelmäßige Gespräche mit den schulpolitischen Sprechern hin. Vermehrte Kommunikation würde allerdings nicht automatisch die Mittel erhöhen. Er fragt nach den Beteiligten an einer Arbeitsgruppe.

Herr Bliemeister sieht den Bedarf einer Gesprächsrunde hinsichtlich einer Ergänzung zur Schulentwicklungsplanung.

Folgender Teilnehmerkreis wird vorgeschlagen:

Schulträger, Vertreter der Schularten, schulpolitische Sprecher der einzelnen Fraktionen, Schülersprecher, GWM.

Frau Becker weist daraufhin, dass eine solche Gruppe bereits durch den Schulträgersausschuss selbst existiere. Sie favorisiere eher eine Runde zwischen Verwaltung und Schulen.

Frau Maskow fragt nach den Befugnissen dieser AG.

Herr Merkator antwortet, dass dort Empfehlungen abgegeben werden können.

Herr Solbach erläutert, dass Punkt 1 des Antrags erledigt sei. Punkt 2 könne so verstanden werden, dass eine Gesprächsrunde zwischen Schulen, schulpolitischen Sprechern und Verwaltung 2 x jährlich stattfinden sollte.

Der Antrag wird in dieser Auslegung mehrheitlich angenommen.

Punkt 4.1 **Gymnasium Oberstadt 2. BA/3. BA - Kostenentwicklung**
Vorlage: 0593/2011

Der Vorsitzende erläutert die ausgeteilte Vorlage. Die damalige Kostenschätzung in Höhe von 15,721 Mio. € sei nun zu aktualisieren. Angemeldet waren 6,35 Mio. € für den 2. Bauabschnitt. Eine Nachprüfung habe ergeben, dass dieser Betrag nicht ausreichend sei. Man habe den Grundstückserwerb, die Herstellung der Außenanlagen und der Erwerb von Parkplätzen etc. nicht mitgerechnet, so dass nun 5,735 Mio. € nachzumelden seien. Aus zeitlichen Vorgaben müsse man nun sehr schnell handeln, da demnächst die Bauplanungen beginnen müssten. Diese Gelder müssten über neue Kredite gedeckt werden. Hierfür werde die Haushaltssatzung geändert. Absprachen mit der ADD seien erfolgt, allerdings noch ohne endgültige Entscheidung. Auswirkungen auf andere Schulbau- oder andere Maßnahmen seien hierdurch nicht zu erwarten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

Punkt 5 **Mitteilungen/Verschiedenes**

Die nächste Sitzung (Sondersitzung) des Schulträgerausschusses findet am 01.04.2011, 14:00 Uhr, bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen in Ingelheim, Georg-Rückert-Straße 11, Kreistagssaal, statt.

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung

.....
Urkundsperson

.....
Urkundsperson